

VERHANDLUNGSSCHRIFT

Über die öffentliche Sitzung

**des Gemeinderates
am 12.12.2005**

Tagungsort: Sitzungssaal der Marktgemeinde Aschach/Donau

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.50 Uhr

Anwesende:

Vorsitzender:

Bürgermeister Rudolf Achleitner (SPÖ)
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Vizebgm. Christine Gredler

GVM Ing. Karl Viehböck

GRM Zinnagl Robert

GRM Gerhold Renate

GRM Schöppl Alfred

GRM Szücs Annemarie

GRM Gillich Helmuth

GRM Schrenk Roland

GRM Gredler Christian

Ersatzmitglieder SPÖ

GRM Pröhl Christian für Wipplinger Hannes

Österreichische Volkspartei (ÖVP)

GVM Weichselbaumer Franz

GVM Dr. Josef Gruber

GRM Ing. Knierzinger Friedrich

GRM Luger Josef

GRM Hude Georg

GRM Ing. Gerhard Buchroithner

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

GRM Ing. Hosiner Wolfgang

Ersatzmitglieder FPÖ

GRM Wagner Thomas für Hrn. Straßl Christian

GRM Erlinger Christian für Mag. Haider Roman

GRM Christine Hosiner für Christina Hosiner

Die GRÜNEN

GVM Dr. Judith Wassermair

GRM Ettl Paul

GRM Weiß Christian

Ersatzmitglieder GRÜNE

GRM Schnell Rosa für Bachmayer Beatrix

Weiters anwesend:

Greinöcker Ulrike als Amtsleiterin

Pröhl Anita als Schriftführerin

Der Vorsitzende begrüßt alle anwesenden Gemeinderäte zur heutigen Sitzung und teilt mit, dass die Tagesordnung zeitgerecht zugestellt wurde. Weiters begrüßt der Vorsitzende die anwesenden Zuschauer.

Der Vorsitzende verliest eine Anfrage der Grünen Fraktion zum Thema Schopperplatz.

- 1) Ist es richtig, dass der Bürgermeister den Bauhofarbeitern den Auftrag gegeben hat, den Tankwagen aus den Räumlichkeiten der Via Donau zu entfernen?
- 2) Ist es richtig, dass die Bauhofarbeiter sich geweigert haben, diesen Auftrag nachzukommen?

Der Vorsitzende teilt dazu folgendes mit:

zu 1) Es ist nicht richtig, dass der Bürgermeister den Bauhofarbeitern den Auftrag gegeben hat, den Tankwagen aus den Räumlichkeiten der Via Donau zu entfernen. Zu 2) Eine Antwort erübrigt sich daher.

Der Vorsitzende gibt eine Änderung der Tagesordnung bekannt. Punkt 6) Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes des Prüfungsausschusses wird als erster Tagesordnungspunkt vorgezogen.

Weiters stellt der Vorsitzende den Antrag, den Punkt 2) Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag für das Finanzjahr 2006 und den mittelfristigen Finanzplan von der Tagesordnung abzusetzen und bei der nächsten Sitzung am 23. Jänner 2006 zu behandeln.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 1) Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes des Prüfungsausschusses

Der Vorsitzende verliest den Prüfungsbericht.

Bericht des Vorsitzenden:

Der örtliche Prüfungsausschuss ist zu seiner Sitzung am 15.11.2005 zusammengekommen. Bei dieser Prüfungssitzung wurde der Entwurf zum 1. Nachtragsvoranschlag 2005 überprüft. Weiters wurde der Entwurf der Lustbarkeitsabgabenverordnung, die ab 1.1.2006 in Kraft treten soll überprüft. Der Prüfungsbericht wird dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht.

Inhalt des Prüfungsberichtes:

Das vorgelegte Nachtragsbudget ist im ordentlichen Haushalt mit €3,085.800,- Einnahmen und ebenso vielen Ausgaben ausgeglichen. In den Erläuterungen im Anhang sind die Abweichungen im Wesentlichen zusammengefasst und auch gut erklärt, so dass der Prüfungsausschuss nur Bemerkungen darüber hinaus oder abweichend in der Niederschrift festhält.

0 Allgemeine Verwaltung

Beim Posten Pensionen ergaben sich weniger Einnahmen, da nur mehr eine Beamtin beschäftigt ist, und die ist im Karenz.

Die getätigten Mehreinzahlungen bei den Pensionen ergaben sich auf Grund von Vorschriften der Pensionsanstalt.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die nicht budgetierten Mehrausgaben beim Posten Veterinärpolizei von € 1.300,- ergeben sich durch die Anschaffung von Hundesackerln. Der Umweltausschuss wird aufgefordert zu überdenken, ob nicht billigere Säcke auch ihren Dienst tun.

Die Mehrausgaben von € 500,- beim Posten Katastrophenschäden sind die Spende an die Tsunamiopfer.

2 Schule, Kindergarten

Die nicht budgetierten Mehrausgaben bei der Hauptschule ergeben sich aus der Anschaffung einer sinnvollen Regelung für die Turnsaalheizung (€ 2.400,-), aus einer größeren Reparatur der Turngeräte (€ 3.100,-) und aus einem zusätzlichen Gastschulbeitrag (€ 1.000,-).

Die Mehrausgaben beim Kindergarten, die im wesentlichen vom Land refundiert werden, erklären sich durch die Einstellung einer zusätzlichen Stützkraft und sind daher nur ein Durchlaufposten.

3 Kunst, Kultur und Kultus

Beim Heimatmuseum wurden die tatsächlich beanspruchten Flächen in Rechnung gestellt, also der anfallende Pachtzins auf die Gegebenheiten bezogen.

4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Erfreulich die Minderausgabe von € 37.000,- für den Sozialhilfeverband. Beim Essen auf Rädern ergibt sich wieder ein Abgang von € 2.200,-. Dieser müsste durch eine Anhebung der Verbraucherkosten um ca. € 0,4 pro Essensportion ausgeglichen werden.

5 Gesundheit

Der letzte Quartalsbeitrag des Vorjahres € 2.400,- war noch offen. Die Mehrkosten bei der Rettung ergeben sich aus € 1.900, für den Notarzfahrzeugbeitrag und € 700,- Erhöhung der Beitragsvorschreibung.

6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Die Einnahmenerhöhung beim Bauhof sind Zahlungen des AMS für den Mitarbeiter Jäger.

Die Mehrausgaben beim Straßenbau ergeben sich aus.

Asphaltierung Freyhausstr.	€ 22.400,-
Pflasterung am Treppelweg	€ 1.900,-
Asphaltierung Am Hang	€ 8.000,-

Das sind zusammen € 32.300,- für die dem Prüfungsausschuss kein Gemeinderatsbeschluss bekannt ist.

Die Mehrausgaben für Mineralische Rohstoffe ergaben sich durch die Straßenausbesserungen.

8 Dienstleistungen

Hinsichtlich der Kosten für den Strauch- und Staudenschnitt wird der Umweltausschuss ersucht um Lösungen zu suchen.

Durch die Unterlassung der Ausgliederung der Anlagepflege ergeben sich Minderausgaben von € 20.400,-. Allerdings sind Ausgaben von € 3.000,- für die neue Pflegevariante notwendig.

Dem Lokal „Zum Schwarzen Adler“ wurde der Gastgarten um € 2.000,- abgelöst. Laut Gemeinderatsbeschluss vom 8.11.2004, Pkt.9 wird Herrn Arslan keine Ablöse bezahlt. Dem Prüfungsausschuss ist es daher unverständlich, dass hier nicht nur Gegenverrechnung zur Kommunalsteuerschuld stattgefunden haben, sondern darüber hinaus auch Geldmittel geflossen sind. Eine Korrektur des Gemeinderatsbeschlusses ist umgehend herbeizuführen.

Mehrausgaben bei den Wasseranschlüssen ergeben sich aus der Einrichtung von Hydranten.

Die Mehrausgaben beim Abwasser resultieren aus der Vorschreibung der Fa. AGRANA

Zu bemerken ist, dass die Dienstleistungen insgesamt um € 65.600,- auf nunmehr € 823.200,- gestiegen sind.

Das außerordentliche Budget ist mit Einnahmen von € 405.000,- und Ausgaben von

€ 503.500,-- nicht ausgeglichen und weist einen Abgang von € 98.500,-- auf. Die ungedeckte Überschreitung ergibt sich im Wesentlichen aus:

Depotaufstockung	€ 48.500,--
Schulsanierung –Vorjahresabgang	€ 50.000,--

Punkt 2)

Laut Auskunft der Gemeindekanzlei ist der dem Prüfungsausschuss vorliegende Entwurf eine

Abänderung auf Grund der gültigen Gesetzeslage und Empfehlung des Landes. Der Prüfungsausschuss nimmt den Entwurf zur Kenntnis.

Punkt 3) ALLFÄLLIGES

Der Prüfungsausschuss ersucht die Buchhaltung bei Fertigstellung des Rechnungsabschlusses 2005 zum Zwecke einer Terminvereinbarung zur Prüfung rechtzeitig zu informieren.

Beratung:

Vorsitzender: Er möchte einige Erläuterungen anführen. Die Asphaltierung Freyhausstraße und Am Hang wurde im Gemeindevorstand beschlossen wobei bei der Asphaltierung am Hang aus Sicht des Vorsitzenden Gefahr im Verzug war und dies daher in Auftrag gegeben wurde.

Straßenbauvorhaben müssen schon lange im voraus geplant werden und in der heutigen Tagesordnung werden auch noch Bedarfszuweisungsanträge beschlossen. Dies wurde in den letzten Jahren verabsäumt.

Zum Thema „Schwarzer Adler“ teilt der Vorsitzende mit, dass es richtig ist, dass es keinen Gemeinderatsbeschluss gibt. Die Ablöse wurde im Gemeindevorstand beschlossen. Es wurde eine Summe von € 2.000,- vereinbart. Davon wurde jedoch die Kommunalsteuerschuld in Höhe von 700,- abgezogen. Es wurde auch vereinbart, diese Ablöse dem Nachpächter mit zwei Raten zu verrechnen.

Fr. Schnell: Die Grünen Fraktion hat bei der Durchsicht die Einmalzahlung für die Gaskesselanlage in Höhe von € 5.000,- nicht gefunden. Es wurde hiezu bereits bei der Amtsleitung nachgefragt und es hat geheißen es wird aufgeklärt. Sie möchte den derzeitigen stand dazu wissen.

AL Greinöcker: Es wurde mit der Donaukraft diesbezüglich Kontakt aufgenommen. Dieser Betrag wird noch im heurigen Jahr überwiesen.

Dr. Wassermair: Zu den Hundesackerln möchte sie mitteilen, dass mit dieser Firma telefoniert wurde. Die derzeitigen Säcke bestehen aus Maisstärke. Bei feuchter Witterung verkleben diese Säcke und die Leute nehmen daher mehr heraus. Es gibt jedoch eine andere Variante die auch billiger ist. In Zukunft werden die billigeren Säcke geliefert.

Ing. Hosiner: Grundsätzlich möchte er sagen, dass der Voranschlag eine saubere Ausgabe ist, die Beschreibungen waren sehr gut erklärt. Bei der allgemeinen Verwaltung konnte man einiges einsparen und für den Prüfungsausschuss war ein Sparwille erkennbar. Er stellt daher den Antrag diesem Nachtragsvoranschlag seine Zustimmung zu geben.

ENDE TOP 1

Punkt 2) Beratung und Beschlussfassung über den Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2005

Bericht des Vorsitzenden:

Das vorgelegte Nachtragsbudget ist im ordentlichen Haushalt mit € 3,085.800,- Einnahmen und ebenso vielen Ausgaben ausgeglichen. In den Erläuterungen im Anhang sind die Abweichungen im Wesentlichen zusammengefasst und auch gut erklärt, so dass der Prüfungsausschuss nur Bemerkungen darüber hinaus oder abweichend in der Niederschrift festhält.

0 Allgemeine Verwaltung

Beim Posten Pensionen ergaben sich weniger Einnahmen, da nur mehr eine Beamtin beschäftigt ist, und die ist im Karenz.

Die getätigten Mehreinzahlungen bei den Pensionen ergaben sich auf Grund von Vorschreibungen der Pensionsanstalt.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die nicht budgetierten Mehrausgaben beim Posten Veterinärpolizei von € 1.300,- ergeben sich durch die Anschaffung von Hundesackerln. Der Umweltausschuss wird aufgefordert zu überdenken, ob nicht billigere Säcke auch ihren Dienst tun.

Die Mehrausgaben von € 500,- beim Posten Katastrophenschäden sind die Spende an die Tsunamiopfer.

2 Schule, Kindergarten

Die nicht budgetierten Mehrausgaben bei der Hauptschule ergeben sich aus der Anschaffung einer sinnvollen Regelung für die Turnsaalheizung (€ 2.400,-), aus einer größeren Reparatur der Turngeräte (€ 3.100,-) und aus einem zusätzlichen Gastschulbeitrag (€ 1.000,-).

Die Mehrausgaben beim Kindergarten, die im Wesentlichen vom Land refundiert werden, erklären sich durch die Einstellung einer zusätzlichen Stützkraft und sind daher nur ein Durchlaufposten.

3 Kunst, Kultur und Kultus

Beim Heimatmuseum wurden die tatsächlich beanspruchten Flächen in Rechnung gestellt, also der anfallende Pachtzins auf die Gegebenheiten bezogen.

4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Erfreulich die Minderausgabe von € 37.000,- für den Sozialhilfeverband.

Beim Essen auf Rädern ergibt sich wieder ein Abgang von € 2.200,-. Dieser müsste durch eine Anhebung der Verbraucherkosten um ca. € 0,4 pro Essensportion ausgeglichen werden.

5 Gesundheit

Der letzte Quartalsbeitrag des Vorjahres € 2.400,- war noch offen.
Die Mehrkosten bei der Rettung ergeben sich aus € 1.900, für den Notarztfahrzeugbeitrag und € 700,- Erhöhung der Beitragsvorschreibung.

6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Die Einnahmenerhöhung beim Bauhof sind Zahlungen des AMS für den Mitarbeiter Jäger.

Die Mehrausgaben beim Straßenbau ergeben sich aus.

Asphaltierung Freyhausstr.	€ 22.400,-
Pflasterung am Treppelweg	€ 1.900,-
Asphaltierung Am Hang	€ 8.000,-

Das sind zusammen € 32.300,- für die dem Prüfungsausschuss kein Gemeinderatsbeschluss bekannt ist.

Die Mehrausgaben für Mineralische Rohstoffe ergaben sich durch die Straßenaus-besserungen.

8 Dienstleistungen

Hinsichtlich der Kosten für den Strauch- und Staudenschnitt wird der Umweltausschuss ersucht um Lösungen zu suchen.

Durch die Unterlassung der Ausgliederung der Anlagepflege ergeben sich Minderausgaben von € 20.400,-. Allerdings sind Ausgaben von € 3.000,- für die neue Pflegevariante notwendig.

Dem Lokal „Zum Schwarzen Adler“ wurde der Gastgarten um € 2.000,- abgelöst. Laut Gemeinderatsbeschluss vom 8.11.2004, Pkt.9 wird Herrn Arslan keine Ablöse bezahlt. Dem Prüfungsausschuss ist es daher unverständlich, dass hier nicht nur Gegenverrechnung zur Kommunalsteuerschuld stattgefunden haben, sondern darüber hinaus auch Geldmittel geflossen sind. Eine Korrektur des Gemeinderatsbeschlusses ist umgehend herbeizuführen.

Mehrausgaben bei den Wasseranschlüssen ergeben sich aus der Einrichtung von Hydranten.

Die Mehrausgaben beim Abwasser resultieren aus der Vorschreibung der Fa. AGRANA

Zu bemerken ist, dass die Dienstleistungen insgesamt um € 65.600,- auf nunmehr € 823.200,- gestiegen sind.

Das außerordentliche Budget ist mit Einnahmen von € 405.000,-- und Ausgaben von € 503.500,-- nicht ausgeglichen und weist einen Abgang von € 98.500,-- auf. Die ungedeckte Überschreitung ergibt sich im Wesentlichen aus:

Depotaufstockung	€ 48.500,--
------------------	-------------

Schulsanierung –Vorjahresabgang

€ 50.000,--

Beratung:

Die Bemerkungen decken sich größtenteils mit den Ausführungen des Prüfungsausschusses.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende ersucht die Mitglieder des Gemeinderates, dass der Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2005 genehmigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte Grünfraktion stimmt gegen den Antrag.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

END TOP 2

Punkt 3) Subventionen 2006; Beratung und Beschlussfassung

Bericht des Vorsitzenden:

Alljährlich werden seitens der Gemeinde Vereinssubventionen ausbezahlt. Laut § 56 Abs. 2 der OÖ Gemeindeordnung kann der Gemeindevorstand Subventionen bis zu einem Betrag von jeweils 0,05 % der Einnahmen des ordentlichen Gemeindevoranschlags des laufenden Haushaltsjahres, jedenfalls aber bis zu einem Betrag von € 500,--, höchstens jedoch bis zu einem Betrag von € 2.000,-- beschließen. Da jedoch ein Verein eine höhere Subvention erhält, muss damit auch der Gemeinderat befasst werden.

Der Gemeinderat hat über folgende Subvention zu entscheiden:

Sportverein € 2.200,-- sowie 1.800,-- Jugendförderung

Beratung:

Antrag des Vorsitzenden:

Der Gemeinderat möge die Subvention für den Sportverein Aschach festlegen und genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird vom Gemeinderat mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 3

Punkt 4) Beratung und Beschlussfassung wegen der Erlassung einer neuen

- **Abfallgebührenordnung**
- **Abfallordnung**
- **Wassergebührenverordnung**
- **Kanalgebührenverordnung**
- **Lustbarkeitsabgabenverordnung**

Bericht des Vorsitzenden:

- Abfallgebühren- und Abfallordnung

Die Abfallgebühren- bzw. Abfallordnung wurden im Umweltausschuss durchbesprochen. Die Musterordnungen liegen dem Amtsvortrag bei.

Beratung:

Dr. Wassermair: Im Umweltausschuss wurde darüber gesprochen, da die Kosten sehr hoch sind. Es wurde mit der Greenpower ein Gespräch geführt. Es ist dabei das Konzept entstanden, dass man oberhalb vom Sportplatz das Grundstück zur Verfügung stellt, wo dann die Strauchabfälle gelagert werden können die von der Fa. Greenpower dann gehäckselt und verheizt werden. Wenn das Konzept aufgeht, ist es gelungen, dass man eine allgemeine Müllgebühr vermeiden kann und der Preis für die Entleerungen gleich bleibt. Man muss die Bevölkerung dann darauf hinweisen, dass der Strauchschnitt direkt dort abgeliefert wird und nicht mehr im Bauhof. Denn sonst muss der Bauhof das Material wieder hinauftransportieren. Dies ist immer mit zwei Arbeitern geschehen, dies ist natürlich auch sehr kostenintensiv.

Vorsitzender: Man muss der Bevölkerung dies wirklich immer wieder mitteilen, dass die Strauchabfälle oberhalb des Sportplatzes abgelagert werden sollen. Er hätte daher die Bitte an den Umweltausschuss möglichst bald eine Zusammenfassung bekommt, wie das in Zukunft abläuft um das gleich in der ersten Gemeindeinfo des neuen Jahres bekanntzugeben. Start wird wahrscheinlich erst im März sein, weil die Greenpower mit den Bauarbeiten noch nicht fertig ist.

Ing. Knierzinger: Zu diesem Thema möchte er die Gemeinde ersuchen, dass die Abfälle die jetzt anfallen bereits zurückbehalten werden um zu sparen. Bezüglich der Kosten hat er nachgefragt und auch im Umweltausschuss darüber berichtet. Auch er hat heute einen ganzen Kipper voll entsorgt, aber nicht über die Gemeinde sondern bei ihm privat. Vor Jahren war es auch üblich, dass wenn Laub in der Gemeinde gesammelt wurde die Bauern gefragt wurden ob sie es entsorgen. Er würde sogar kostenlos einen Anhänger dazu zur Verfügung stellen. Die Gemeinde muss mehr schauen wo man hier Kosten sparen kann. Er findet es nicht richtig, den Leuten dies zu verrechnen, wenn man soviel potential zum Sparen hat.

Er hofft, dass die Leute in Zukunft selbst hinauffahren, damit die Gemeinde Kosten sparen kann.

Hr. Gillich: Ist der Sammelplatz nur für Strauchabfälle oder auch für andere Sachen wie z.B. Blumenabfälle:

Dr. Wassermair: Der Sammelplatz für Grünabfälle bleibt beim Bauhof.

Hr. Gillich: Wenn dieser Platz im Bauhof bleibt, werden die Leute aber dazu verleitet auch die Strauchabfälle dort abzulagern. Man sollte sich hier eine andere Lösung überlegen wie z.B. dass man oberhalb des Sportplatz für beides eine Abgabestelle einrichtet. Denn sonst bringt man das Problem, dass die Bauhofarbeiter es trennen müssen nicht weg.

Ing. Hosiner: Detailfragen sollte man heute nicht klären.

Ing. Viehböck: Bei dieser Verordnung ist der SPÖ-Fraktion aufgefallen, dass unterschiedliche Tonnen drinnen sind.

AL Greinöcker: Diese Tonnen wurden bereits aus der Verordnung herausgenommen.

Vizebgm. Gredler: Sie hätte eine Anfrage zur Biotonne. Diese Tonne ist mit 0,73,- pro Entleerung drinnen. Man weiß aber, dass beim Abschluss 2004 ein Abgang von ca. € 3.000,- war. Hat sich der Umweltausschuss über eine Erhöhung hier Gedanken gemacht.?

Dr. Wassermair: Es wird im Bezirk gerade an einer einheitlichen Regelung gearbeitet. Es sollen dabei auch einheitliche Tonnen eingeführt werden.

Im Umweltausschuss wurde daher gesagt, dass man die Biotonne im nächsten Jahr noch so belässt und auf die einheitliche Regelung des Bezirkes wartet.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Gemeinderat möge die vorliegenden Verordnungsentwürfe beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird vom Gemeinderat mittels Handzeichen einstimmig angenommen.

- Wassergebührenordnung

Die Verordnung wurde überarbeitet und es wurden lediglich die Tarife, welche im Erlass des Landes OÖ vorgeschrieben wurden, angepasst. Es ergibt sich eine Erhöhung von 1,77% gegenüber dem Vorjahr.

Die gesamte Verordnung (Muster) liegt als Beilage in der Mappe.

Beratung:

AL Greinöcker: Vor der Gemeinderatssitzung wurde auch diese Verordnung dem Land zur Prüfung übermittelt. Die Punkte die beim Land bedenken aufgeworfen haben wurden bereits abgeändert. Zur Diskussion für den Gemeinderat steht eigentlich nur mehr der Punkt 8) lit a) der lautet: Wird auf einem unbebauten Grundstück, für welches im Sinne des Abs. 3 bereits früher eine Anschlussgebühr entrichtet wurde, ein Gebäude errichtet, so wird auf Wasserleitungsanschlussgebühr nach Abs. 1 die bereits früher nach Abs. 2 bezahlte Anschlussgebühr angerechnet. Vom Land wurde mitgeteilt, dass hinsichtlich der Bestimmung in § 2 Abs. 8 lit. A des Entwurfes über die Anrechnung einer früher geleisteten Anschlussgebühr bei nachträglicher Errichtung eines Gebäudes auf einem angeschlossenen unbebauten Grundstück (Ergänzungsgebühr) ist festzustellen, dass nach der derzeitigen Formulierung keine Valorisierung der seinerzeitigen Anschlussgebühr vorgesehen ist, sondern seine nur im Nominalbetrag abzusetzen wäre. Diese Regelung erscheint unter Bedachtnahme auf das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 27.09.1985, bedenklich und sollte ehestens in dem Sinn geändert werden, dass eine geleistete Anschlussgebühr „Entsprechend dieser Gebührenordnung“ abgesetzt wird, wodurch automatisch eine Valorisierung gegeben ist.

Ing. Hosiner: Geht es hier um die ganze Anschlussgebühr oder um einen Prozentsatz

AL Greinöcker: Es geht um die ganze Anschlussgebühr. Der Punkt wird von der Gemeindkanzlei so abgeändert, dass die Valorisierung drinnen ist.

Das zweite war, dass im § 4 Abs. 6 des Entwurfes hat es anstelle von „Zählermiete“ richtig „Zählergebühr“ zu lauten. Außerdem ist die Zählergebühr für Spezialzähler (Verbundzähler) NW 150 mm Durchmesser mit €215,44 pro Vierteljahr gegenüber

der Zählergebühr für Großwasserzähler NW 80 mm Durchmesser mit € 30,20 pro Vierteljahr überhöht festgesetzt.

AL Greinöcker: Der gleiche Betrag war in der letzten Verordnung auch drinnen und wurde vom Land genehmigt.

Ing. Hosiner: Um wie viel ist es überhöht.

AL Greinöcker: Das haben sie nicht geschrieben.

Es entsteht hierüber noch eine kurze Diskussion

Antrag des Vorsitzenden:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Verordnungsentwurf mit den Änderungen beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

- Kanalgebührenordnung

Die Verordnung wurde überarbeitet und es wurden lediglich die Tarife, welche im Erlass des Landes OÖ vorgeschrieben wurden, abgepasst. Es ergibt sich eine Erhöhung von 2,94 % gegenüber dem Vorjahr.

Die gesamte Verordnung (Muster) liegt als Beilage in der Mappe.

Beratung:

AL Greinöcker: auch diese Verordnung wurde vom Land überprüft. Es wurden einige Punkte abgeändert.

Ing. Viehböck: Es gibt in der Kanalgebührenordnung die Abrechnung nach Personenhaushalten. Er würde vorschlagen, dass man diesen Punkt überdenkt und diese Kosten auf einen Durchschnittshaushalt anzupassen.

Ing. Knierzinger: Er findet 9.000 Schilling für einen 4 Personen Haushalt nicht billig, denn er ist davon betroffen. Er glaubt nicht, das hier ein Handlungsbedarf besteht. Es handelt sich auch nicht mehr als um ca. 10 Haushalte.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Verordnungsentwurf mit den Änderungen beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit Handerheben einstimmig angenommen.

- Lustbarkeitsabgabenverordnung

Die Verordnung wurde überarbeitet, mit anderen Gemeinden verglichen und den neuen Bedingungen angepasst.

Die gesamte Verordnung (Muster) liegt als Beilage in der Mappe.

Beratung:

AL Greinöcker: Auch diese Verordnung wurde dem and zur Überprüfung vorgelegt.
Es wurden die beanstandeten Punkt abgeändert.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Verordnungsentwurf mit den Änderungen beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird ebenfalls vom Gemeinderat mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 4

Punkt 5) Festsetzung der Hebesätze der Gemeindesteuern und Abgaben für das Finanzjahr 2006

Bericht des Vorsitzenden:

Aufgrund des vorangegangenen Tagesordnungspunktes müssen auch die Hebesätze für 2006 ortsüblich kundgemacht werden. In den Hebesätzen wird auch die Hundeabgabe festgelegt. Es sollte diesbezüglich überlegt werden nochmals eine Erhöhung anzustreben da in Aschach das Hundekotproblem in den Anlagen sehr massiv auftritt.

Beratung:

Dr. Wassermair: Das Problem sind nicht die einheimischen Hunde sondern eher die Fremden wie z.B. vom Tierarzt. Sie findet es nicht richtig, dass die Aschacher Hundebesitzer mehr zahlen müssen. Fr. Gredler hat in einer Sitzung einmal zugesichert mit dem Tierarzt über dieses Problem und eine Kostenbeteiligung an den Hundeklos zu sprechen.

Antrag des Vorsitzenden:

Die Hebesätze der Gemeindesteuern 2006 sollen laut Kundmachungsentwurf beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird vom Gemeinderat mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 5

Punkt 6) Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes des Prüfungsausschusses

Dieser Punkt wurde bereits am Anfang der Sitzung behandelt.

ENDE TOP 6

Punkt 7) Beratung und Beschlussfassung – Bedarfszuweisungsanträge 2006

Bericht des Vorsitzenden:

Bedarfszuweisungsanträge für Straßenbau:

Straßenbauvorhaben HOHLWEG:

Es handelt sich hierbei um eine Siedlungsstraße, welche seit 1984 bewohnt ist und noch immer als Schotterstraße (Baustraße) zu befahren ist. Gewisse Vorarbeiten (Leitung für Beleuchtung) wurden bereits gemacht, jedoch kann eine Fertigstellung der Beleuchtung erst im Zuge des Straßenbaues erledigt werden. Nachdem bei dieser Straße auch eine starke Steigung vorhanden ist, kommt es bei stärker bzw. längerem Regen zu kleineren Vermurrungen, da das Bankett ebenfalls nicht befestigt ist.

Kosten: €57.150,12

Staubfreimachung MARKHUTWEG:

Es handelt sich hier um eine Siedlungsstraße mit leichtem Anstieg, welche derzeit noch im Zustand einer Baustraße ist.

Kosten: €38.953,24

Errichtung von Pkw-Abstellplätzen in der HIERMANNSTRASSE:

Nachdem der Besuch durch Touristen immer mehr zunimmt, ist es notwendig, am Ortseingang Parkplätze zu schaffen.

Kosten: €22.784,81

Gehsteigerrichtung ZIEGELEISTRASSE:

Aufgrund des stark zunehmenden Lkw-Verkehrs zum Ziegelwerk Pichler ist es für die Sicherheit der angrenzenden Bewohner sowie der Bewohner „Jägerweg“ notwendig den bereits bestehenden Gehsteig weiter zu verlängern.

Kosten: €104.591,70

Straßenbauarbeiten AM SIERNER:

Es handelt sich hierbei um eine neu zu errichtende Straße. Derzeit handelt es sich noch um eine reine Baustraße.

Kosten: €23.362,46

für Straßenbauvorhaben 2006, 2007 und 2008

A. Kosten, Finanzierungsvorschlag (Beträge in €) und genaue Beschreibung des Vorhabens:

1. Kosten:		Bauabschnitte					Gesamt
		I 2006	II 2007	III 2008	IV 20	V 20	
1	Grunderwerb u. Aufschließung						- €
2	Honorare						- €
3	Baumeister- u. übrige Prof.-Arbeiten	246.842,33 €	84.953,20 €	13.803,54 €			345.599,07 €
4	Einrichtung						- €
5	Außenanlagen						- €
6	Sonstige Kosten						- €
7	Summe:	246.842,33 €	84.953,20 €	13.803,54 €	- €	€	345.599,07 €

a) Ist in der Kostensumme die Umsatzsteuer enthalten?

ja

b) Ist beim ggstdl. Vorhaben ein Vorsteuerabzug möglich?

nein

- c) wenn ja, in welcher Höhe?
- d) Raumerfordernis Zl.:
- e) Bauplanbewilligung Zl.:
- *) Nicht Zutreffendes streichen!

2. Finanzierungsvorschlag (gemäß Gemeinderats-Beschluss vom)

1	Rücklagen	25.100,00 €	12.500,00 €				37.600,00 €
2	Anteilsbetrag o.H.			35.400,00 €			35.400,00 €
3	Interessentenbeiträge						
4	Vermögensveräußerung						
5	Darlehen (Förderungs-d.)						
6	Darlehen (Bank)	144.900,00 €	37.500,00 €				182.400,00 €
7	Sonstige Mittel						
8	Bundeszuschuss						
9	Landeszuschuss	38.421,16 €	5.798,23 €	880,14 €			45.099,53 €
10	Beantragte bzw. gewährte Bedarfszuweisung	38.421,17 €	5.798,23 €	880,14 €			45.099,54 €
11							
12	Summe:	246.842,33 €	61.596,46 €	37.160,28 €	- €	- €	345.599,07 €
	Abgang = -/Überschuss = +		23.356,74 €	23.356,74 €			

Bedarfszuweisungsantrag für Umbau und Neugestaltung des Proberaumes

für Umbau und Neugestaltung des Proberaumes der Marktmusikkapelle Aschach/Donau

A. Kosten, Finanzierungsvorschlag (Beträge in €) und genaue Beschreibung des Vorhabens:

1. Kosten:		Bauabschnitte					Gesamt
		I 2005	II 20	III 20	IV 20	V 20	
1	Grunderwerb u. Aufschließung						0
2	Honorare						0
3	Baumeister- u. übrige Prof.-Arbeiten	36.691,30					36.691,30
4	Einrichtung	45.989,70					45.989,70
5	Außenanlagen						0
6	Sonstige Kosten						0
7	Summe:	82.681,00	0	0	0	0	82.681,00

- a) Ist in der Kostensumme die Umsatzsteuer enthalten? ja
- b) Ist beim ggstl. Vorhaben ein Vorsteuerabzug möglich? nein
- c) wenn ja, in welcher Höhe?
- d) Raumerfordernis Zl.:
- e) Bauplanbewilligung Zl.:

*) Nicht Zutreffendes streichen!

2. Finanzierungsvorschlag (gemäß Gemeinderats-Beschluss vom)

1	Rücklagen						
2	Anteilsbetrag o.H.						
3	Interessentenbeiträge						
4	Vermögensveräußerung						
5	Darlehen (Förderungs-d.)						
6	Darlehen (Bank)	20.000,00					
7	Sonstige Mittel Eigenmittel, Eigenleistung MMK	15.960,00					
8	Bundeszuschuss						
9	Landeszuschuss	15.000,00					
10	Beantragte bzw. gewährte Bedarfszuweisung	31.721,00					
11							
12	Summe:	82.681,00	0	0	0	0	0
	Abgang = -/Überschuss = +						

3. Genaue Beschreibung des Vorhabens, für das Förderungsmittel beantragt werden: (Umfang, Dringlichkeit usw.)

Nachdem das Musikprobelokal der Marktmusikkapelle Aschach schon seit Jahren renovierungsbedürftig ist und nicht mehr den derzeitigen kulturellen und musikalischen Erfordernissen entspricht, ist die Renovierung bzw. Erneuerung des Probelokales als besondere Dringlichkeit anzusehen.

B. Angaben über weitere Vorhaben, für die um eine Bedarfszuweisung angesucht wird/wurde bzw. die eine besondere Belastung der Gemeinde darstellen (besondere Erschwernisse):

Die vorliegenden BZ-Anträge sollten vom Gemeinderat nach ihrer Wichtigkeit gereiht und genehmigt werden.

Beratung:

Ing. Knierzinger: Er hat mit großer Enttäuschung diesen Bericht gelesen. Es wird den Landwirten in den nächsten 3 Jahren wieder keine Chance gegeben mit einem Mähdrescher am Kobl zuzufahren. Es fanden bereits Begehungen statt. Er weist, dass keine Gespräche für Grundablösen oder für sonstiges gemacht wurden und es ist auch nichts budgetiert. Die Bauern wollen keine Asphaltierung sondern nur eine Verbreiterung des Weges, dass man mit Maschinen zufahren kann. Er findet es nicht fair gegenüber den Bauern. Er selbst hat schon so viele Vorschläge zum Einsparen gemacht und nun wird man wieder übergangen, am liebsten würde er nicht mehr mitarbeiten.

Vorsitzender: Planungen müssen für die Zukunft getätigt werden. Auch in der Vergangenheit wurde diese Planung schon vernachlässigt.

Man hätte schon früher Kostenschätzungen einholen können.

Ing. Viehböck: Im Bauausschuss hat es bereits Gespräche gegeben. Es hat auch bereits ein Gespräch mit der Gemeinde Hartkirchen gegeben. Seitens der Gemeinde Hartkirchen wurde auch ein gemeinsamer Besichtigungstermin ausgemacht. Aus nicht bekannten Gründen wurde der Termin damals von Hartkirchen abgesagt. Es wird dieser Termin im Frühjahr nachgeholt.

Bezüglich der Finanzierung wird es notwendig sein, das man alle Jahre solche Pakete aus dem Gemeinderat verabschiedet. Dies wurde in der Vergangenheit versäumt.

Der heutige Beschluss ist nicht das ganze Straßenbauprogramm sondern nur ein wichtiger Teil. Nächstes Jahr muss wieder einer beschlossen werden.

Das Problem am Kobl wird nicht zur Seite geschoben. Man muss jetzt die Besprechung mit Hartkirchen im Frühjahr abwarten und dann kann man weiterarbeiten.

Dr. Gruber: Dieses Gebiet wurde bereits gemeinsam abgegangen. Er glaubt, dass man zur Verwirklichung des Weges nicht unbedingt einen BZ-Antrag stellen muss. Es sind teilweise nur kleine Korrekturen und Aufschotterungen notwendig, die so glaubt er, auch aus dem ordentlichen Budget zu finanzieren sind.

Vorsitzender: Es ist immer der Unterschied, was man will. Bei der Begehung wurden sehr viele Probleme aufgewiesen. Wenn man dies alles erledigt, übersteigt es natürlich das Budget. Wenn die Landwirte sagen es ist Genüge getan, wenn z.B. nur die Senke aufgeschüttet wird, kann man diese Ausgaben sicher aus dem ordentlichen Budget tätigen.

Er bittet den Bauausschuss, sich in der nächsten Sitzung damit zu befassen.

Er macht den Gemeinderat darauf aufmerksam, dass die Gemeinde mit den Straßen ein massives Problem bekommt. Spätestens im Frühjahr durch die Frostschäden.

Hr. Weichselbaumer: Im Bauausschuss hat man sich mit dem Thema bereits befasst. Es ist schon recht, wenn man jetzt wieder den Bauausschuss damit befasst. Aber fakt ist, dass bei allen Besprechungen immer was anderes herauskommt. Er ist der Meinung, dass man dort einfach anschottern sollte um die Situation zu entschärfen.

Hr. Ettl Paul: Er möchte gerne wissen wie man auf die genauen Beträge kommt. Es fehlen ihm die genauen Zahlen. Wenn man mit den Beträgen nicht auskommt, kann man dann z.B. erhöhen oder verlängern.

AL Greinöcker: Es wurden Angebote eingeholt und eine provisorische Reihung wurde durchgeführt. Für 2006 wurden Angebote eingeholt. Für die nächsten Jahre wurde nur eine Schätzung eingegeben. Man kann diese Beträge aber erhöhen oder die Laufzeit verlängern.

Hr. Ettl Paul: Er wollte nur sicher sein, dass man wirklich verlängern oder erhöhen kann.

Fr. Vizebgm. Gredler: Sie schlägt folgende Reihung vor:

- 1) Hohlweg
- 2) Ziegeleistraße
- 3) Hiermannstraße
- 4) Markhutweg
- 5) Am Sierner

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die BZ Anträge für Straßenbauvorhaben 2006-2008 laut vorgenannter Reihung und Umbau und Erneuerung Musikproberaum genehmigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird vom Gemeinderat mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 7

Punkt 8) Beratung und Beschlussfassung wegen der Erlassung einer neuen Tarifordnung für

- **Aschacher Veranstaltungszentrum**
- **Schulräumlichkeiten**

Bericht des Vorsitzenden:

Die Tarifordnung für das Aschacher Veranstaltungszentrum wurde in der letzten Kulturausschusssitzung überarbeitet und wird nun dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.

a) Aschacher Veranstaltungszentrum:

Tarifordnung 2006

(für das AVZ)

Für Ortsansässige:

	Saal (inkl. MwSt.)		Stüberl (inkl. MwSt.)		Fojer (inkl. MwSt.)
	Tarif / Std.	Höchsttarif	Tarif / Std.	Höchsttarif	Tarif / Std.
Sommersaison (01.05. - 30.09.)	24,00 €	144,00 €	12,00 €	72,00 €	
Wintersaison (01.10. - 30.04.)	29,00 €	173,00 €	14,00 €	86,50 €	
Ausstellungen	6,00 €		3,00 €		3,00 €
Werbeverkaufsausstellungen zum üblichen Stunden- bzw. Höchsttarif berechnen!					

Für NICHT - Ortsansässige:

	Saal (inkl. MwSt.)		Stüberl (inkl. MwSt.)		Fojer (inkl. MwSt.)
	Tarif / Std.	Höchsttarif	Tarif / Std.	Höchsttarif	Tarif / Std.
Sommersaison (01.05. - 30.09.)	29,00 €	173,00 €	14,00 €	86,50 €	
Wintersaison (01.10. - 30.04.)	35,00 €	207,00 €	17,50 €	103,50 €	
Ausstellungen	6,00 €		3,00 €		3,00 €
Werbeverkaufsausstellungen zum üblichen Stunden- bzw. Höchsttarif berechnen!					

Ermäßigungen:

- 1) Für Aschacher gemeinnützige Vereine und Organisationen ist die 1. Veranstaltung pro Jahr kostenlos, außer Ballveranstaltungen mit Eintrittsgeldern.
 - 2) Eine weitere Veranstaltung wird zum oben beschlossenen Tarif verrechnet.
 - 3) Serien-Ermäßigung für ortsansässige NICHT gewerbliche Veranstalter:
 - jede weitere Veranstaltung abzüglich 10% (höchstens jedoch 50%)
-

Diese Tarife enthalten auch die Betriebskosten (Strom, Heizung, usw.),

Es dürfen nur volle halbe Stunden verrechnet werden.

Es dar max. 1 Stunde vor Beginn der Veranstaltung dazu gerechnet werden.

Das offizielle Ende der Veranstaltung, stellt auch das Ende der Stundenabrechnung dar.

Alle Sätze sind **inklusive MwSt.** gerechnet!!!

Beratung:

Vorsitzender: Es wurde bei der Tarifordnung nichts verändert. Es wurden lediglich die Summen gleich inkl. Mehrwertsteuer ausgewiesen und die Beträge wurden leicht gerundet. Das Stüberl wurde extra ausgewiesen, da es Vereine gibt die das Stüberl benutzen ohne Gastronomie.

Fr. Vizebgm. Gredler: Sie möchte noch anführen, dass es sicherlich notwendig sein wird eine Benutzerordnung zu erstellen. Und sie bittet den Kulturausschuss darum diese zu erstellen. Es war die Weihnachtsfeier der Sportler im AVZ. Es ging wieder kein Mikrophon. Es wird notwendig sein den Regieraum auf den neuesten Stand zu bringen und 2-3 Leute einzuschulen, die diesen Raum, auch bei Veranstaltungen betreuen.

Ing. Buchroithner: Der Kulturausschuss wird eine Benutzerordnung erstellen. Man muss aber bedenken, dass die Veranstalter dann einfach bestimmte Bedingungen einhalten müssen. Es findet Veranstaltungen statt, wo die Gemeinde nichts weis und das darf nicht sein. Es muss eine rigorose Handhabung mit dem Schlüssel geben.

Hr. Hude: Im AVZ ist von Anfang an eine alte Anlage hineingekommen. Zur Saalmiete hätte er eine Frage. Wie ist das jetzt mit der Bestuhlung? Muss das der Verein selbst machen oder der Wirt?

Ing. Buchroithner: Man sollte die Bestuhlung und die Betreuung des Regieraumes herausnehmen von der Tarifordnung.

Hr. Ettl Paul: Der Elternverein wollte nach der letzten Veranstaltung den Saal kehren. Dies war aber nicht möglich weil keine Besen vorhanden sind. Er bittet, dass für das AVZ breite Besen angekauft werden.

Es entsteht noch eine kurze Diskussion.

Antrag des Vorsitzenden:

Dass die Tarifordnung 2006 für das Aschacher Veranstaltungszentrum in der vorliegenden Fassung ausgenommen dem Satz (sowie die jeweils erforderliche Sitzordnung und erforderlichenfalls die Betreuung des Regieraumes) sowie die Reinigung, beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

b) Tarifordnung für Schulräumlichkeiten:

Nachdem wiederholt Schulräumlichkeiten für Veranstaltungen, Kurse etc. verwendet werden, ist es notwendig eine Tarifordnung festzusetzen.

Es wäre angebracht, zumindest die Aufwände (Putzpersonal, Strom,...) zu decken.

Es wurde bis jetzt ein Malkurs über 10 Abende, ein Kochkurs, div. EDV-Kurse abgehalten und der Turnsaal wurde vom Familienbund Feldkirchen zum klettern benützt. Weiters wird der Turnsaal von verschiedenen Vereinen im Winter genützt.

Vorschlag für die Tarife pro Veranstaltung:

€ 8,00 für Klassenzimmer

€ 12,00 für Küche, PC-Räume wenn sie vom Verein selbst gereinigt werden
(ansonsten fallen Reinigungskosten für den Verein an)

€ 8,- für den Turnsaal

Antrag des Vorsitzenden:

Er stellt den Antrag die oben angeführten Tarife festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

END TOP 8

Punkt 9) Dienstbetriebsordnung für die Gemeindebediensteten – Beratung und Beschlussfassung.

Bericht des Vorsitzenden:

Aufgrund des § 37 (4) OÖ. Gemeindeordnung 1990 in der Fassung der Gemeindeordnungsnovelle 2002, Landesgesetzblatt Nr. 82 wird zur Ordnung des inneren Dienstes beim Gemeindeamt eine Dienstbetriebsordnung beschlossen. Die vom Gemeinderat beschlossene Dienstbetriebsordnung soll laut Schreiben der OÖ Landesregierung AZ: Gem-556051/2-2005-Si/PI nach Gemeinderatsbeschluss zur Verordnungsprüfung vorgelegt werden.

Die neue Dienstbetriebsordnung ist vom Gemeinderat zu beschließen. Die Dienstbetriebsordnung enthält Allgemeines, Organisation, Bedienstete, Dienort, Dienstzeit, Arbeitsmittel, Bürgerservice, Interne Angelegenheiten sowie interne Abläufe.

Beratung:

Hr. Ettl Paul: Wird sich dann was ändern oder bleibt es nach dem Beschluss gleich?

Ing. Hosiner: Hr. Ettl meint ob sich aufgrund des Beschlusses im Ablauf was ändern würde.

Vorsitzender: Nachdem was er gelesen hat, kann man noch einiges verbessern.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die vorgelegte Dienstbetriebsordnung beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird vom Gemeinderat mit einem Handzeichen einstimmig angenommen.

ENDE TOP 9

Punkt 10) Beratung und Beschlussfassung bezüglich Kaufvertrag mit Hofer Herbert.

Bericht des Vorsitzenden:

Nachdem der Kaufvertrag von Büro Dr. Hochleitner überprüft wurde und Herr Hofer Herbert diesen Vertrag ebenfalls durchgelesen hat, muss er nun vom Gemeinderat beschlossen werden.

Der Gemeindevorstand hat in seiner Sitzung am 28.11.2005 den Vertrag durchgelesen und Herr Bürgermeister ersuchte die Vorstandsmitglieder, dass dieser Vertrag auch in den Fraktionssitzungen geprüft wird. Der Kaufvertrag liegt in Kopie dem Amtsvortrag bei.

Beratung:

Hr. Ettl Paul: Beim § 5 ist ein Punkt unverständlich formuliert, ... die Möglichkeit einer Bebauung zu. Das kann man so auslegen, wie wenn die Gemeinde das Grundstück bebauen muss.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Unterfertigung des Kaufvertrages „Marktgemeinde Aschach und Herbert Hofer“ mit der Änderung beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Fr. Schnell und Hr. Ing. Hosiner befinden sich bei der Abstimmung nicht im Raum. Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 10

Punkt 11) Bericht des Sozialausschusses bezüglich Wohnungsvergabe.

Bericht des Vorsitzenden:

Laut Schreiben des Sozialausschusses der Marktgemeinde Aschach waren in der Sitzung vom 24.11.2005 zwei LAWOG-Wohnungen zu vergeben.

LAWOG-Wohnung, Stiftstraße 12, Whg.Nr. 3: 53,50 m², Bruttomiete € 275,39 und Kaution

€ 827,--. Seitens des Sozialausschusses werden die Wohnungswerber laut Liste angerufen bzw. angeschrieben, ob sie an dieser Wohnung interessiert sind. Sollte von diesen Personen niemand interessiert sein, wird die Wohnung an Herrn Schwabeneder Andreas vergeben.

LAWOG-Wohnung, Schaubergstraße 6, Whg.Nr. 7: 43,09 m², Bruttomiete € 276,74 und Kaution € 830,--. Seitens des Sozialausschusses wird die Wohnung an Frau Müller Sabine vergeben. Sollte Frau Müller die Wohnung nicht nehmen, wird sie an Herrn Berger Anton vergeben.

Beratung:

Vizebgm. Gredler Christine: Sie erläutert nochmals den vorliegenden Punkt.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt zur Kenntnis.

ENDE TOP 11

Punkt 12) Beratung und Beschlussfassung wegen der Erlassung einer Tarifordnung für Essen auf Räder.

Bericht des Vorsitzenden:

In der Sozialausschusssitzung vom 24.11.2005 wurde über die Tarife für Essen auf Rädern beraten. Laut Schreiben vom Sozialhilfeverband Eferding beträgt der Essenstarif ab 1.1.2006 inkl. 10 % Mwst. € 5,20.

Nachdem der Mindesttarif bei der Staffelung bereits € 5,40 beträgt, schlägt der Sozialausschuss vor, dass die Tarifordnung vom Jahr 2005 beibehalten wird. Derzeit sieht die Staffelung wie folgt aus:

Monatliches Nettoeinkommen:

Alleinstehende	Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaft	Kostenbeitrag pro Betreuungsstunde inkl. 10 % Mwst.
1) unter € 560,31	€ 799,40	€ 5,40
2) bis € 669,32	€ 908,41	€ 5,60
3) bis € 778,33	€ 1.017,42	€ 5,80
4) bis € 887,34	€ 1.126,43	€ 6,--
5) bis € 996,34	€ 1.235,44	€ 6,10
6) über € 996,34	€ 1.235,44	€ 6,50

Beratung:

Vorsitzender: Er verliert einen Antrag der von der Grünfraktion vorliegt.

Antrag, die derzeit geltenden 6 Staffelpreise bei „Essen auf Rädern“ ab 1. Jänner 2006 kostendeckend zu kalkulieren.

Laut Auskunft von Hr. Hofrat Manfred Wintersberger gibt es ab 1.1.2006 eine Kostenerhöhung auf € 5,20 pro Essensportion. Die Essensbezieher, die alle Pflegegeldbezieher sind, sind gleich zu behandeln, da das Einkommen inklusive Pflegegeld zur Berechnungsgrundlage dient.

Zur Erklärung: Pflegegeld wird unabhängig vom Einkommen gewährt und dient somit der Abdeckung von Pflegekosten (sprich- in diesem Fall dem Essen).

Also ist eine Staffelung nicht nötig.

Bereits im BH-Prüfbericht 2002, 2003 sowie im Rechnungsabschluss 2004 wird darauf hingewiesen, dass privatrechtliche Entgelte kostendeckend zu kalkulieren sind und diese von den jeweiligen Teilnehmern auch eingefordert werden sollten.

Vizebgm. Gredler Christine: Dies ist derselbe Antrag der bereits im Sozialausschuss behandelt wurde. Dort wurde er mehrheitlich abgelehnt und zwar mit einer Gegenstimme. Sie bittet nun auch den Gemeinderat diesen Antrag abzulehnen und die Tarifordnung wie sie im Amtsvortrag vorliegt anzunehmen.

Ing. Hosiner: Warum soll man den Antrag der Grünen ablehnen?.

Vizebgm. Gredler Christine: Weil wir die Regelung von der Grünfraktion nicht wollen.

Ing. Hosiner: Es soll also keine Kostendeckung geben.

Vizebgm. Gredler Christine: Nein

Vorsitzender: Kostendeckung würde bedeuten, eine Erhöhung des Essensbeitrages um € 0,40.

Vizebgm. Gredler Christine: Sie möchte noch anführen, es gibt momentan 25 Essensbezieher. Davon bezahlen 7 Personen €5,40, 4 Personen €5,60, 2 Personen €5,90, momentan ist niemand mit €6,-, 2 Personen mit €6,10 und 6 Personen zahlen €6,50. Sie glaubt das auch die älteren Bürger das Anrecht haben Ihren Tarif Sozial gestaffelt zu bezahlen.

Vorsitzender: Der Abgang bei Essen auf Rädern hat betragen €2.800,-. Er glaubt, dass müssen uns die älteren Mitbürger aus Aschach Wert sein. Er glaubt weiters, dass das Pflegegeld mit dem hier argumentiert wird nicht heranzuziehen ist.

Hr. Hude: Das Pflegegeld wird zur Entschädigung für die Pflege herangezogen. Für das Essen gibt es kein Pflegegeld.

Dr. Wassermair: Es ist im Prüfbericht schon zum wiederholten Mal gestanden, dass man dies Kostendeckend verrechnen sollte. Es sollte auch das Essen in der Schule kostendeckend sein. Sie ist für Kostenwahrheit und sie kennt viele Essensbezieher persönlich. Die Realiation zum Einkaufen stimmt nicht. Denn man muss berechnen wenn man die Lebensmittel einkauft muss man auch noch selber kochen und das Essen auf Rädern wird ins Haus geliefert.

Sie will einfach, dass es für die Gemeinde Kostendeckend gemacht wird. In Hartkirchen gibt es z.B. zwei Tarife einen sozial verträglichen für Personen die nachweisen können, dass Sie es wirklich brauchen und einen Normaltarif.

Fr. Schnell: Es ist nicht so, dass es für alle eine Erhöhung ist, im Gegenteil. Wenn man kostendeckend kalkuliert, kommt man auf einen Preis von €5,84 bei 20 Beziehern täglich. Bei uns sind jetzt schon Personen dabei die wesentlich bezahlen. Sie findet einen Beitrag daher gerechter.

Ing. Viehböck: Nachdem dieser Punkt im Sozialausschuss behandelt wurde und eine Empfehlung an den Gemeinderat abgegeben wurde die Tarifordnung zu belassen fühlt er sich irgendwie verpflichtet diesem Antrag zuzustimmen. Man sollte die Ausschussarbeit im Gemeinderat nicht zerpfücken.

Es entsteht hierüber noch eine kurze Diskussion.

Antrag der Grünfraktion:

Der Gemeinderat möge beschließen, das Essen auf Rädern ab 1. Jänner 2006 kostendeckend zu kalkulieren.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte Grünfraktion, Hr. Ing. Hosiner, Fr. Hosiner Christine und Hr. Wagner stimmen für diesen Antrag.

Die gesamte SPÖ Fraktion, Hr. Dr. Gruber, Hr. Weichselbaumer, Hr. Ing. Buchroithner, Hr. Luger und Hr. Hude stimmen gegen den Antrag.

Hr. Erlinger, Hr. Ing. Knierzinger enthalten sich der Stimme.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Tarifordnung für Essen auf Rädern für das Jahr 2006 gleich bleibt wie im Jahr 2005.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte SPÖ, Hr. Dr. Gruber, Hr. Weichselbaumer, Hr. Ing. Buchroithner, Hr. Luger und Hr. Hude stimmen für diesen Antrag.

Die gesamte Grünfraktion, Hr. Ing. Hosiner, Fr. Hosiner Christine und Hr. Wagner stimmen gegen den Antrag.

Hr. Erlinger und Hr. Ing. Knierzinger enthalten sich der Stimme.

ENDE TOP 12

Punkt 13) Beratung und Fassung eines Grundsatzbeschlusses betreffend Erlassung einer Verordnung zwecks Übernahme eines Straßenteilstückes in das öffentliche Gut.

Bericht des Vorsitzenden:

Es soll nunmehr jener Teil des Gemeindegrundstückes im Bereich Aschauer Feld, Parzelle Nr. 440/2, KG Aschach an der Donau, welcher seinerzeit wegen mangelnder Verkehrsbedeutung für den Gemeingebrauch entbehrlich geworden war, wieder in das öffentliche Gut der Marktgemeinde Aschach an der Donau übertragen werden.

Als Begründung wird folgendes angegeben:

Da in der heutigen Zeit beinahe jede Familie mehrere Kraftfahrzeuge besitzt, welche größtenteils auf öffentlichem Gut abgestellt werden, ist es für die Gemeinde notwendig in diesem bereits dicht verbauten Gebiet Stellplätze zu schaffen.

Da es sich bei der Straße Aschauer Feld um eine Sackgasse handelt, ist es schwierig eine reibungslose Müllentsorgung sowie Schneeräumung durchzuführen. Um die vorgenannten Arbeiten zu erleichtern ist seitens der Gemeinde geplant auf diesem Teilstück linkseitig Stellplätze zu schaffen.

Weiters wird angeführt, dass bei der seinerzeitigen Auflassung der öffentlichen Straße nicht berücksichtigt wurde, dass für die Familie Bremstaller eine sichere und ordnungsgemäße Zufahrt zu deren Grundstück bzw. Garage gewährleistet ist.

Der Gemeinderat möge den Grundsatzbeschluss für die Erlassung einer neuen Verordnung gemäß § 11 des Oö. Straßengesetzes fassen.

Beratung:

Ing. Hosiner: Ihm geht bei der Begründung ab, dass die Ersatzlösung die vorgesehen war, die andere Straße nicht mehr möglich ist die parallel dazu verlaufen wäre.

AL Greinöcker: Dies wäre nur dann gewesen, wenn die Fam. Bremstaller das Grundstück bekommen hätte.

Ing. Hosiner: Das ist ihm klar. Und darum gehört dies zur Begründung dazu, denn dies ist eine Stichhaltige Begründung.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass der Grundsatzbeschluss betreffend Erlassung einer Verordnung zwecks Übernahme eines Straßenteilstückes in das Öffentliche Gut beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Hr. Ing. Knierzinger und Hr. Ing. Buchroithner enthalten sich der Stimme.

Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 13

Punkt 14) Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes der BH Eferding, betr. Personalverrechnungsakt der karenzierten Amtsleiterin Karin Rathmayr.

Bei diesem Punkt handelt es sich um Personalangelegenheit. Es wird daher die Öffentlichkeit ausgeschlossen und ein eigenes Protokoll erstellt.

ENDE TOP 14

Punkt 15) Beratung und Beschlussfassung über die Kooperationsvereinbarung zwischen WGD und Gemeinde.

Bericht des Vorsitzenden:

Die Schiffsanlegestelle Aschach wird nunmehr vom Land Oberösterreich seitens der Gemeinde Aschach übernommen. Gleichzeitig wurde die Ausschreibung für die Sanierung der Anlegestelle durchgeführt und die Bestbieter eruiert. Die Renovierung wird in den Monaten Jänner – April 2006 stattfinden. Das Land OÖ ihrerseits erarbeitet zur Zeit den Übergabevertrag mit der Gemeinde Aschach. Dazu benötigt das Land OÖ auch die Zustimmung seitens der Gemeinde Aschach für die Weiterführung der Pflegemaßnahmen bei der Anlegestelle (wie bisher bereits vertraglich geregelt war). Aus diesem Grund ist diese Vereinbarung vom Gemeinderat zu beschließen. Die Vereinbarung ist mit 31.12.2010 befristet, da die Verpflichtungen alle 5 Jahre zu evaluieren sind und auf den aktuellen Stand zu bringen sind.

Das Einlagen der neuen Vereinbarung führt zur automatischen Auflösung der bisherigen Vereinbarung.

Beratung:

AL Greinöcker: Sie hat heute noch mit der Landesregierung telefoniert, wie weit es mit dem Vertrag ist. Es wurde vom Land vermutet, dass bei einigen Gemeinderäten Unklarheit herrscht weil bei Ihnen angerufen wurde. Der Vertrag wird so ausschauen, dass alle Kosten auch jene bezüglich des Lendenabschlusses mit der Via Donau vom Land übernommen werden. Die Gemeinde Aschach bekommt einen schönen neuen Steg, was aber für die Gemeinde keine Kosten aufwirft, außer eventuelle Stromkosten. Der Vertrag wird mit 1. Jänner abgeschlossen. Bei der nächsten Gemeinderatssitzung am 23. Jänner 2006 soll der Vertrag beschlossen werden.

Dr. Wassermair: Solange der Vertrag nicht vorliegt, wird die Grünfraktion auch keinem Kooperationsvertrag zustimmen.

Hr. Gillich: Was die Fr. Amtsleiterin mitgeteilt hat widerspricht aber völlig dem, was im Amtsvortrag drinnensteht.

AL Greinöcker: Das Land hat mitgeteilt, dass der Gemeinde keine Kosten entstehen.

Dr. Gruber: Es geht um einzelne Punkte die die Pflegemaßnahmen betreffen.

AL Greinöcker: Das hat aber mit dem Kaufvertrag selber nichts zu tun. Die Sanierung kostet der Gemeinde nichts.

Ing. Viehböck: Bei der Fraktionssitzung ist aufgefallen, dass die Reihung der einzelnen Punkte nicht übereingestimmt hat.

AL Greinöcker: Dies ist bereits geklärt. Fr. Riffert hat sich bei der Gemeinde Aschach bedankt, da dies die einzige Gemeinde war, der dieser Fehler aufgefallen ist.

Antrag des Vorsitzenden:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen WGD und Gemeinde in der vorliegenden Fassung beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis:

Die gesamte Grünfraktion und Hr. Pröhl Christian enthalten sich der Stimme. Alle übrigen Gemeinderäte stimmen mit einem Handzeichen für diesen Antrag.

ENDE TOP 15

Punkt 16) Bericht des Bürgermeister.

- Termine für Gemeindevorstands- und Gemeinderatssitzung 1. Halbjahr 2006
 - 23. Jänner Gemeinderatssitzung
 - 13. Februar Gemeindevorstand
 - 06. März Gemeinderat
 - 03. April Gemeindevorstand
 - 24. April Gemeinderat
 - 12. Juni Gemeindevorstand
 - 26. Juni Gemeinderat

- Dankschreiben der Eltern wegen Laternenfest
- Es fand ein Gespräch zwischen der Greenpower und dem Vorsitzenden bezüglich eines Nutzungsvertrages des Grundstückes am Schopperplatz 18 (Streifen hinter Sportplatz Aschach), als Ablagerungsplatz für Holz und Schnittgut der Gemeinde.
- Das Bundesdenkmalamt hat ein Schreiben geschickt bezüglich des Nepomuk bei der Einfahrt zur Fa. AGRANA. Das Bundesdenkmalamt findet, dass dort nicht der richtige Platz ist und bittet die Gemeinde einen geeigneten Platz dafür zu suchen.
- Der Vorsitzende berichtet über den Stand des Spielplatzprojektes beim Einfalt. Es gab in der Volksschule mittlerweile 2 Workshops. Es gibt nunmehr auf Wunsch der Kinder einen Entwurf. In nächster Zeit werden die Ausschreibungen erfolgen.
- Landesrat Viktor Sigl schreibt, dass es für die Jungbürgerfeier eine Förderung von € 200,- gibt.
- Die Wirtschaftskammer schreibt uns bezüglich Wege aus der Schwarzarbeit und bitten um Mithilfe der Gemeinden.

ENDE TOP 16

Punkt 17) Allfälliges

- Hr. Hude: Es ist ihm aufgefallen, dass die Informationstafel beim Absolut falsch steht. Die Tafel schaut Richtung Gastgarten Absolut. Diese Tafel gehörte auf den Masten wo die Kaffeewerbung ist.

Vorsitzender: Soweit er informiert ist, hat Fr. Steininger die Genehmigung nicht bekommen, die Tafel dort aufzuhängen.

- Dr. Wassermair: Sie möchte an einige Dinge die den Umweltausschuss betreffen erinnern. Im Bauhof lagern seit dem Frühjahr noch Hundeklos und Sie bittet, dass diese endlich an den besprochenen Stellen, bei der Höhe Einfalt und Parkplatz Ritzbergerstraße aufgestellt werden. Es wurde auch bereits mehrmals erwähnt, dass vom Land ein Bescheid aufliegt, dass die Müllcontainer unter der Brücke entfernt werden müssen. Der Umweltausschuss hat sich damit befasst und dieser sieht keine andere Möglichkeit als das man die Müllcontainer entlang der Mauer von der derzeitigen Grünschnittbox deponiert. Der Umweltausschuss hat den Vorschlag gemacht, die Umsetzung liegt aber nicht mehr bei Ihnen.

Weiters möchte Sie nochmals bitten, dass der Schranken zum Bauhof und zur Feuerwehr immer geschlossen wird.

Weiters möchte Sie den Umgang mit der Grünen Fraktion ansprechen. Sie möchte ersuchen, dass Mitglieder der Grünen Fraktion in Hinkunft Gleich behandelt werden wie Mitglieder anderer Fraktionen. Es ist im vergangenen Jahr mehrfach vorgekommen, dass im Ausschuss oder im Vorstand Bemerkungen über die Grüne Fraktion gefallen sind, die nichts mit der Funktion der Mitglieder zutun haben. Wenn der Herr Ettl sein Auto oben parkt und angeblich ein Hindernis darstellt, dann gehört dort ein Parkverbot gemacht oder wenn die Sache mit den Lichtmasten von Fr. Schnell, was eine endlose Geschichte ist und zu unendlichen Wirtshausdiskussionen führt und dann mit ein paar Minuten Arbeit vorbei war. Die ganzen Bemerkungen vorher, wären nicht notwendig gewesen. Über keine andere Fraktion gibt es solche Bemerkungen und die Grün Fraktion möchte einfach so behandelt werden, wie die anderen Fraktionen auch.

Sie möchte wieder einmal darauf hinweisen, dass es bei der letzten Sitzung sehr kalt war. Sie hätte die Bitte ob man einen Schlüssel für die Küche erhalten kann, denn dort ist es wärmer und man kann sich auch ein Glas Wasser holen.

- Hr. Knierzinger hätte eine Frage zu Seite 119 im Budget. Es steht dort, dass ein Anhänger für den Unimog angekauft werden soll. Er möchte, dass so etwas in den Fraktionen besprochen werden darf, denn dies wäre ganz interessant.

Der Vorsitzende teilt mit, dass dieser Betrag einmal vorgesehen wurde aber noch keine Angebote eingeholt wurden.

- Fr. Schnell teilt mit, dass am Ende der Finanzbeiratssitzung am 17.11.2005 der Vorsitzende auf Sie zugekommen ist und hat zu ihr gesagt, dass sie morgen mit Hrn. Hemmelmair eine Besprechung hat. Sie hat daraufhin geantwortet, dass Sie davon nichts weis. Der Vorsitzende teilte ihr dann mit, dass Hr. Hemmelmair nur mehr Auskunft geben darf in der Anwesenheit des Bürgermeisters. Sie hat dies auch in der Prüfungsausschusssitzung vorgebracht. Die Fr. Amtsleiter hat dies bestätigt, dass der Vorsitzende eine Weisung herausgegeben hat, dass wenn Fr. Schnell kommt und Fragen stellt, die Mitarbeiter keine Auskunft geben dürfen, sondern es muss ein Termin ausgemacht werden wo der Vorsitzende anwesend sein kann. Sie war beim Hrn. Hemmelmair weil sie im Budget weder die Kosten für den Springbrunnen noch für den Gaskesselraum gefunden hat. Heute vor der Sitzung hat ihr der Bürgermeister das Du Wort entzogen. Sie möchte nur mitteilen, dass er ihr hier zuvorgekommen ist. Ihr Mann wird sich nach

langjähriger Mitgliedschaft in der SPÖ Partei sehr darüber freuen wie mit ihr umgegangen wird.

- Hr. Luger möchte wissen wie der Stand des Projektes Aschach Innovativ ist.
- Der Vorsitzende teilt mit, dass ein Termin zur Besichtigung eines Jugendheimes bekanntgegeben wurde. Dieser Termin war aber zu kurzfristig. Es wird im Jänner ein Termin stattfinden und danach wird man weitersehen.

Am Ende dieser Sitzung sprechen alle Fraktionsvorsitzenden noch Ihre Weihnachtswünsche aus und bedanken sich für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr.

